

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt Kämmerei	Nr. 107/2016
---------------------------------------	------------------------

Betreff:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	30.09.2016
Kreisausschuss Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	07.10.2016
Kreistag Berichterstattung: Herr KK Dr. Funke	28.10.2016

Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
----------------------------------	-----------------------------	--

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH auf Basis des beiliegenden Entwurfs mit Stand Gesellschafterversammlung vom 16.06.2016, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zu.

Die Vertreter des Kreises in der Gesellschaftsversammlung der FMO GmbH werden insofern beauftragt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der vorliegenden Fassung der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH vom 16.06.2016, ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.

Erläuterungen:

Der Kreistag hat sich in seiner Sitzung am 11.12.2015 (BV Nr. 176/2015) mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH befasst. Den damaligen Änderungen, die aus verschiedenen Anlässen, die teilweise auf geänderten externen Forderungen (u. a. Umsetzung Transparenzgesetz NRW), teilweise aber auch auf internen Wünschen des Gesellschafterkreises basierten, wurde bereits zugestimmt.

In der Gesellschafterversammlung der FMO GmbH am 17.12.2015 wurde der neugefasste Gesellschaftsvertrag zur Abstimmung gestellt. Der Vertreter des Kreises Steinfurt hat der Änderung nicht zugestimmt. Damit war die notwendige Stimmenmehrheit für eine Gesellschaftsvertragsänderung nicht gegeben.

Der Vertreter des Kreises Steinfurt vertrat die Auffassung, dass das Stimmenverhältnis im Aufsichtsrat nicht im ausreichenden Maße den Anteilsverhältnissen entsprach. Bekanntlich hat der Kreis Steinfurt ebenfalls gefordert, dass die anderen Münsterlandkreise mehr Geschäftsanteile der FMO GmbH übernehmen sollten. Ebenfalls müsse man darüber nachdenken, ob der Kreis Warendorf sein Aufsichtsratsmandat behalten könne, da ihm dieses aufgrund seiner Geschäftsanteile nicht zustünde.

Der Kreis Warendorf hat verschiedentlich sehr deutlich gemacht, dass ein Verzicht auf ein Aufsichtsratsmandat nicht in Frage kommt; denn dieses war seinerzeit Voraussetzung für die Beteiligung des Kreises Warendorf an der FMO GmbH.

In der Aufsichtsratssitzung der FMO GmbH am 16.06.2016 konnte eine Einigung erzielt werden. U. a. behält der Kreis Warendorf weiterhin sein Aufsichtsratsmandat. Die parallel stattfindende Gesellschafterversammlung der FMO GmbH nahm den empfehlenden Beschluss des Aufsichtsrates zum geänderten Gesellschaftsvertrag zur Kenntnis. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Änderungen gegenüber der Fassung, die der Kreistag in seiner Sitzung am 11.12.2015 beschlossen hat:

- Die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder (§ 8 Abs. 1) wird von 16 auf 18 erhöht.
- Der Gesellschafter Beteiligungsgesellschaft des Kreises Steinfurt stellt zukünftig 4 (bisher 3) Mitglieder im Aufsichtsrat. Die Stadtwerke Münster GmbH stellt zukünftig 5 (bisher 4) Mitglieder im Aufsichtsrat (§ 8 Abs. 2).
- Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse nun mit 2/3 der abgegebenen Stimmen und nicht mehr mit einfacher Mehrheit (§ 11 Abs. 2).
- In § 6 ist die Einrichtung und Besetzung eines Beirates nach entsprechender Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung vorgesehen.
- Weitere Änderungen beziehen sich auf das niedersächsische Kommunalrecht (§ 18 Abs. 7 Satz 2 neu) im Zusammenhang mit der Erstellung des Gesamtabchlusses sowie um eine abweichende Regelung zur individuellen Ausweispflicht (Transparenzgesetz NRW) für Vertreter der Kommunen im Aufsichtsrat für die niedersächsischen Mitglieder der Gremien (§ 19 Abs. 6 letzter Satz neu).

Diese genannten Änderungen können der beigefügten Synopse entnommen werden.

Da es sich teilweise um wesentliche Änderung des Gesellschaftsvertrages handelt, ist die erneute Zustimmung des Kreistages notwendig.

Der beigefügte Entwurf des Gesellschaftsvertrages wurde federführend durch die Stadt Münster mit der Bezirksregierung Münster abgestimmt. Diese hat bisher keine Einwände zu diesen Änderungen geäußert. Eine förmliche Anzeige gem. § 115 GO NRW steht noch aus.

Anlagen:

Synopse Gesellschaftsvertrag FMO GmbH

1. _____
Amtsleitung
2. _____
Dezernent
3. _____
Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen
Auswirkungen)
4. _____
Landrat